

Halle'sche Zeitung
Landeszeitung für die Provinz Sachsen
für Anhalt und Thüringen

Morgen-Ausgabe
Halle - Saale
Sonntagabend 19. Dezember 1925
Jahrg. 218 Nr. 297 a

Beginn der Pariser Luftverhandlungen
Vor Weihnachten keine positiven Ergebnisse

Bevorkommende Rückkehr der deutschen Abordnung
Paris, 18. Dezember.
(Eigener Drahtbericht.)

Die Verhandlungen zwischen den deutschen und alliierten Flugabwehrabteilungen sind heute nachmittags aufgenommen worden. Die deutsche Abordnung hat bereits im Laufe des gestrigen Tages mehrere Sitzungen abgehalten, in denen ein Verhandlungsprogramm entworfen wurde. In politischen Kreisen glaubt man, daß vor Weihnachten noch keine positiven Resultate erzielt werden und daß dadurch die deutsche Abordnung Anfang nächster Woche nach Berlin zurückzukehren wird, um die Verhandlungen Ende des Monats oder Anfang des nächsten Jahres wieder aufzunehmen.

werden trotz der englischen Reizung, Deutschland auf Umwegen wieder in den Besitz von Militärflugzeugen zu setzen, in diesem Punkte unausgeglichen sein. Dem 'Matin' zufolge können die ersten drei Bestimmungen keine Forderung erhöhen. Es handelt sich dabei um militärische Flugzeuge, die Deutschland für immer verboten bleiben sollen. Die Bestimmungen 4-7 beziehen sich auf die zivile Luftschiffahrt. Diese können abgeändert werden, insbesondere in bezug auf die Schnelligkeit der Flugzeuge, deren Größe und Kosten, die sie betreffen können. Der 'Matin' behauptet, daß die deutschen Flugzeuge sich ohnehin nicht an diese Bestimmungen halten. Die Bestimmungen Nr. 8 und 9 beziehen sich auf die Kontrolle der deutschen Luftschiffahrt. Diese soll künftig dem Völkerbund übergeben werden. Der 'Matin' erklärt, daß die deutsche Politik sicherlich die Abänderung der Bestimmungen — 4 verlangen werde, damit die Flugzeuge bestehen könne. Aber in diesen Punkten würden die Alliierten nicht nachgeben, obwohl die Engländer hierzu geneigt wären. Es ist bezeichnend, daß diese Ausführungen in einem Blatt der Linken erschienen. Auch hier ist also der feste Wille, Deutschland, selbst unter Anwendung vertragswidriger Mittel, im Zustande völliger Nothwehr zu halten.

Die französische Luftprüfung
Berlin, 18. Dezember.
(Von unserer Berliner Schriftleitung.)
Aus Anlaß der heute gutunterbreiteten Pariser Konferenz über die Begriffsbestimmungen für die deutsche Luftfahrt weist ein Berliner Abendblatt auf die Lügheit von dem französischen Blätter Hauptmann Bénédict gemachten Angaben über den Stand der französischen Luftfahrt hin. Frankreich hat im gegenwärtigen Zeitpunkt 3000 transportable Flugzeuge aller Art. Darin stehen nicht weniger als 15000 Flugzeugführer zur Verfügung, unter denen allein seit Schluss des Krieges 10000 ihren Flugzeug als Militärflugzeugführer erhalten haben. Jährlich bestehen etwa 2000 bis 3000 weitere Piloten ihre Flugzeugprüfung. Allein für den militärischen Flugdienst hat Frankreich jedes Schuljahr zur Verfügung bisher bereits angegebenen Zahl von Flugzeugen in eine Mehrzahl von weiteren 3500 Maschinen im Kriegsjahre sofort greifbar. 10000 Flugmotoren sind als Ersatz bereitgestellt. 25 Flugzeugfabriken, deren jede im vorigen Jahre täglich 25 Flugzeuge fertigen konnte, können innerhalb dreier Monate so ausgebaut werden, daß sie 10000 Flugzeuge für die fertiggestellten 10000 Piloten fertigen können.

der Sitzung kam es zu einem Zwischenfall. Der Berichterstatter bemerkt auf gewisse im Auslande verbreitete Gerüchte, nach denen geplant sei, Deutschland nach der Aufnahme in den Völkerbund Logo und Kamerun zurückzugeben. Er hoffe, daß England nicht in dieser Angelegenheit ein Beispiel gebe, das Frankreich folgen müßte. Die Angabe des französischen Kamerun an Deutschland habe er für ein Ziel der Unmöglichkeit. Der frühere Kolonialminister Andre Dejean wies darauf hin, daß auf keinen Fall der Einbruch entstehen dürfte, daß auch nur ein Teil von dem Gebiet abgetreten würde, auf dem die französische Fahne wehe. Wenn Kolonialminister erklärt, daß die deutsche Abordnung keine ausländische Macht Kolonien zurückgeben.

Um eine starke deutsche Handelsflotte
Die Hoffnung auf den 'Locarno-Effekt'.
München, 18. Dezember.
In der heutigen Volleröffnung des Wirtschaftskomitees der bayerischen Volkspartei sprach in Anwesenheit des Ministerpräsidenten und anderer Mitglieder der Regierung, sowie bayerischer Reichstagsmitglieder der Wirtschaftskomitees der bayerischen Volkspartei Dr. Guano über den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte im Rahmen der Weltwirtschaft. Er erklärt, daß zwar unsere Handelsflotte wieder auf rund drei Millionen Tonne angewachsen sei, daß ihr aber eine erhebliche Welttonnage gegenüberstehe und angehe. Diese Welttonnage umfasse die inneren See- und geschäftlichen Seeschiffe, von der Gesamtzahl der deutschen Handelsflotte. Er erklärt, daß zwar unsere Handelsflotte wieder auf rund drei Millionen Tonne angewachsen sei, daß ihr aber eine erhebliche Welttonnage gegenüberstehe und angehe. Diese Welttonnage umfasse die inneren See- und geschäftlichen Seeschiffe, von der Gesamtzahl der deutschen Handelsflotte.

Pariser Begleitmußt
Paris 18. Dezember.
Zur Einleitung der heute in Paris beginnenden deutsch-französischen Luftschiffahrtverhandlungen bringt 'Le Courrier' einen sehr heftigen Artikel gegen die Ausübung der zivilen Luftschiffahrt in Deutschland. Der 'Matin' glaubt, die deutsche Delegation wolle offenbar eine wesentliche Forderung der Regeln 1 bis 3 (Verbot der Militär- und Jagdflugzeuge) der neuen durch die Reichsfliegerkonferenz vom 14. April 1922 festgelegten Regeln erreichen, damit Deutschland Luftschiffahrt betreiben könne. Aber die alliierten Experten

Der Kampf um den § 218
Berlin, 18. Dezember.
Im Reichstagsklub des Reichstages wurde nach einer einstimmigen Ausrufung der Antrag, den Sozialdemokraten auf Aufhebung der §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches mit 14 Stimmen abgelehnt. Dem Antrag zufolge sollen die in diesem Paragraphen bezeichneten Handlungen nicht strafbar sein, wenn sie von einem staatlich anerkannten (abzweckenden) Arzt unternommen werden, wenn der Zweck der Schwangerschaftsunterbrechung die Verhütung von Erbkrankheiten in derselben Richtung wurden mit allen gegen 2 Stimmen abgelehnt. Ueber einen sozialdemokratischen Gegenantrag, der dem § 218 eine mildere Fassung geben will, die dem Wortlaut der Verfassung im neuen Strafgesetzbuch entspricht, wird der Ausschuss nach Weihnachten berichten.

Auflösung der Pariser Kammer?

Nach dem Austritt der radikalen Linken
Paris, 18. Dezember.
(Eigener Drahtbericht.)
Der Austritt der radikalen Linken beschließt auf die schärfste die parlamentarischen Kreise. Das Kartell der Linken ist nunmehr auf 280 Deputierte zusammengeschrumpft, verfügt also nicht mehr über die Majorität in der Kammer, die 573 Abgeordnetenliste enthält. Während früher in der Kammer nur ein Rechtsblock und ein Linksblock vorhanden waren, kommt jetzt eine starke Mittelsgruppe hinzu, die die Radikalen, die Gruppe Le Troquer und die Linkenradikalen umfaßt. Man nimmt an, daß das neue veränderte Zentrum zum Mittelpunkt der Konzentration werden wird, auf die sich Brando zu stützen gedenkt. Insofern dürfte sich, falls die Konzentration nicht gelingt, um so mehr die Schwierigkeiten herausstellen, auf Grund der gegenwärtigen Kammerzusammensetzung eine feste Regierung zu bilden. Die Auflösung der Kammer scheint daher nähergerückt zu sein.

nicht ein Probatorium, sondern ein endgültiger Handelsvertrag unter Einräumung des Mindesttarifes in Aussicht genommen werden soll. Da jedoch der französische Tarif noch nicht fertiggestellt ist, bis dem Wobau dieser Mindesttarife noch nicht im Überflusse. In dieser Frage hätte die deutsche Delegation Einmündung gemacht, worauf die Franzosen erklärten, daß sie bereit seien, Deutschland eine besondere Abhängigkeitsfrist einzuräumen. Hierüber, wie auch über die Schwierigkeiten, die sich aus der Franzosen für das Zustandekommen des Handelsvertrages ergeben, wird heute weiter verhandelt werden. Die Verhandlungen zwischen den beiden Volldelegationen werden wahrscheinlich Mitte Januar wieder aufgenommen werden.

Eine Belastungsprobe in Preußen
Berlin, 18. Dezember.
(Eigener Drahtbericht.)
Der Preussische Landtag (ein näherer Bericht steht auf der 2. Seite) ist heute gleichfalls in die Weihnachtsferien gegangen. Die Verabschiedung der Grundvermögenssteuer ist am letzten Tage durch die Haltung der Rechten verhindert worden. Der Landtag ist infolgedessen gezwungen, im Laufe der nächsten Wochen den Ständigen Ausschuss einzuberufen, um hier noch einmal die Vermögenssteuergesetzgebung durchzuführen.

Um den deutsch-französischen Handelsvertrag

Ueber die Verhandlungen der deutschen und französischen Wirtschaftskommission wurde gestern abend folgender Bericht abgegeben: Die deutsche und die französische Handelsvertragsdelegation hat gestern ihre zweite Beratung abgehalten. Während in der ersten Unterredung vor allem die Bedeutung und Tragweite der vorher ausgetauschten schriftlichen Vorschläge diskutiert worden waren, sind gestern die aus diesem Vorgespräch sich ergebenden Schwierigkeiten besprochen worden. Besondere wurden die vermittelnde Vorläufige gemacht, über deren Inhalt die Delegationen beraten werden und deren Fortsetzung morgen fortgesetzt wird. Dem französischen Seite berichtet hierzu, daß die französische Delegation gestern neue Vorschläge unterbreitet hat, wonach

Die französischen Blätter nehmen zu den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen Stellung. Der 'Matin' sagt, daß die Gewährung von Mindesttarifen an Deutschland keine Schweregelegenheit mache. Zwei Stagen wären jedoch noch ungelöst. Einmal wolle Deutschland, daß die französischen Tarife endgültig und unabänderlich seien, und dann wieder sollten diese Tarife nicht festgelegt werden, solange die französischen Währungsverhandlungen ausgeht seien. Diese beiden Fragen werden Gegenstand der heutigen Verhandlungen sein. Am 'Journal' emittiert St. Brice eine pessimistische Schilderung des Verhandlungsergebnisses und meint, daß, wenn die vor Jahresfrist begonnenen Verhandlungen zu keinem Ergebnis geführt hätten, oder Grund zu der Annahme bestünde, daß es auch absehbarer Zeit nicht absehbar werden könnten. Der Grund sei der, daß Deutschland eine Krise der finanziellen Wiederherstellung durchmache. Diese Krise komme in der Zerrüttung der Handelsbilanz, einer Steigerung der Einfuhr und einer Verminderung der Ausfuhr zum Ausdruck. Unter diesen Umständen liege den Deutschen nicht bloß die Annahme der Abhängigkeit, sondern des Wirtschaftsaustausches. Andererseits seien die französischen Unterhändler in ihrer Bewegungsfreiheit durch das Nichtvorhandensein eines endgültigen französischen Zolltarifes beinträchtigt gewesen.

Der 'Geist von Locarno' spricht
'Dein Selbstverleugern von Kolonien wird abgelehnt!'
Paris, 18. Dezember.
Die Kammer hat gestern nachmittags die Besprechung über das Kolonialbudget wieder aufgenommen. Bei Beginn

Wesentlich wichtiger waren Vorzüge, die sich in den letzten Tagen abgelehnt haben und die eine außerordentlich starke Belastung für die gegenwärtige Regierungskoalition bedeuten. Das Zentrum hat in einem Falle entgegen der Haltung der übrigen Koalitionsparteien gegen die Regierung Stellung genommen und damit während des Bestehens der Regierungsgeschäftungen im Reich ein politisches Erdbeben heraufbeschworen. Im Hauptausdruck haben die Parteien zwar den Finanzminister ermächtigt, den preussischen Beamten die für das Reich bewilligten Sätze einer einmaligen Zahlung auszusprechen, gleichzeitig aber eine genaue Einzelanweisung über den veranschlagten Betrag zu fordern und die Befristung über die Verträge bis zur Erstattung der Einzelanweisung zu verweigern. Wenn auch dem Finanzminister damit nicht ein ausdrückliches Vollmachten erteilt wurde, so ist auf der anderen Seite doch klar, daß eine solche Haltung Weisungsbefugnisse enthält, die innerhalb der Koalition sich unangenehm auswirken. Dazu kommt der Fall Schilling-Weber, der auch keine Friedigung gefunden hat, die auch in den Kreisen der Koalitionsparteien nur wenig befriedigte. In politischen Kreisen hat man diese Entscheidung in Preußen sehr aufmerksam verfolgt, um so mehr, als die Hoffnung auf die Bildung gleicher Regierungskoalitionen im Reich und in Preußen noch nicht aufgehoben ist. Die Wiederannahme der Verhandlungen im Reich kann deshalb auch für Preußen von Bedeutung sein, wenn es gelingen sollte, zu einer wirklich stabilen Regierungsmehrheit zu kommen.





Berliner Börse und Nachrichten

Auf Holländische Verträge unterlag der Montan-Affirmation im letzten Quartal einen neuen Zins, so daß die Kurse...

Die Stimmung am Effektenmarkt erhielt Nord. Lloyd 96, Sapaq 94, Rhönig 63 1/2, Deutch 74 1/2. Deutsche Anleihen...

torisieren 13,00-14,00. (Miles 50 Kilogramm netto frei Wodenburg oder benachbarter Station bei Ladungen von 300 Zentnern.)

Table with 2 columns: Name (e.g., Adca, Lpz. Bsp., Sächs. Bk.) and Price/Value.

Hamburger Börse
Der Verkehr fand unter dem Zeichen einer neuerlichen Aufwärtsbewegung am Schiffsfahrmarkt.

Table with 2 columns: Name (e.g., Sächs. Ldch. Pflbr., Sächs. Ldch. Pflbr.) and Price/Value.

Leipzig 18. Dezember
Kurs: 117,12; 117,12; 117,12

Berliner Produkte.
Die jüngsten Auslandsnotierungen im Zusammenhang mit der letzten Erwerbung des argentinischen Ackerbau...

Wagbörse, 18. Dezember. Weizen- und Roggenmärkte (draußengepreißt) 1,40-1,60; Hafer- und Gerstentrotz (draußengepreißt) 1,25 bis 1,50; Gerst 5,00-5,20.

Table with 2 columns: Gattung (e.g., Weizen, Roggen) and Price/Value.

Berliner Metallnotierungen.
Preise verstehen sich ab La. u. in Aluminium für 100 Kilo.

Reipzig, 18. Dezember. (Preisbericht)
Kurs: 117,12; 117,12; 117,12

Wagbörse, 18. Dezember. Goldmarkpreise. Weizen 11,75 bis 12,00; Roggen 7,75-8,00; Sommergerste 11,75-12,00.

Druck und Verlag von Otto Ehrlich.
Reiter bei Beschlüssen. Einbrennen.

Berliner Börse vom 18. Dezember 1925

Main market table with multiple columns for various securities, including names like Carl Loeb, F. H. S., and prices.

Weitere Berliner Kurse.

Table with 2 columns: Name (e.g., Dt. Werth. A. 6%, 6% Pr. Sch. Staatsb.) and Price/Value.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt